

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Besetzungs-Gebühr
wichtig für die
einmalige
Zurückzahlung
von 2,50 M.
bei einmaliger
Zurückzahlung
von 5 M.
bei zweimaliger
Zurückzahlung
von 2,50 M.
bei dreimaliger
Zurückzahlung
von 1,67 M.
bei viermaliger
Zurückzahlung
von 1,25 M.
bei fünfmaliger
Zurückzahlung
von 1,00 M.
bei sechsmaliger
Zurückzahlung
von 0,83 M.
bei siebenmaliger
Zurückzahlung
von 0,71 M.
bei achtmaliger
Zurückzahlung
von 0,63 M.
bei neunmaliger
Zurückzahlung
von 0,56 M.
bei zehnmaliger
Zurückzahlung
von 0,50 M.

Anzeigen-Zarif.
Werbung von 10 Zeilen
bis 100 Zeilen, 10 Tage
10 M. Sonstige Anzeigen
nach Vereinbarung.
Einmalige Anzeigen
nach Vereinbarung.
Langfristige Anzeigen
nach Vereinbarung.
Werbung von 10 Zeilen
bis 100 Zeilen, 10 Tage
10 M. Sonstige Anzeigen
nach Vereinbarung.
Einmalige Anzeigen
nach Vereinbarung.
Langfristige Anzeigen
nach Vereinbarung.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telefonanschlüsse: 25 241
Stadtanschlus: 11.

Lebeck's für Feinschmecker

Fondant-Chocolade	per Tafel 50 Stk
Rahm-Chocolade	
Bitter-Chocolade	
Cacao per 1/2 Kg.	Dose 2,40 M.
Dessert per Carton	2, 3 u. 4 M.

Marke Dreiling.

Hauptgeschäftsstelle:
Waisenstraße 35/36.

Beleuchtungs-Gegenstände
für jede Lichtart
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.
Grösste Auswahl. Viele Referenzen.
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik.
Am See 10. Fernsprecher 1136.

Dresdner
Feldschlösschen-Lager
bleibt unübertroffen!

Glaswaren
Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl.
Wilh. Rihl & Sohn, Inh.: Richard Rihl, Königl. Sachs. Hoflieferant.
Gegründet 1848. Waisenhausstr. 18. Fernspr. 14277.

Rönisch Pianos.

Grösste Auswahl von guten Miet-Instrumenten.
Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen.
Eigenes Magazin: Waisenhausstrasse 24.

Kauf - Tausch - Miete.

Für eilige Leser

am Donnerstag morgen:
Mutmaßliche Witterung: Aufziehende Südostwinde, meist heiter, kühl, vorwiegend trocken.
Der König übernahm das Protektorat über den 1914 in Leipzig stattfindenden 4. Internationalen Kongress für Volkserziehung und Volksbildung.
Die Erste Kammer vollzog gestern die Wahlen in den Landtagsauschuss zur Verwaltung der Staatsschulden.
In der Zweiten Kammer begann gestern nach dem Exposé des Finanzministers die allgemeine Erörterung, wobei der Finanzminister nochmals das Wort ergriff.
Die Dresdner Stadtverordnetenwahlen nahmen heute ihren Fortgang, heute wählt die erste Altersklasse; bei der zweiten Wahl der Altersklasse wurden acht Bürgerliche und zwei Sozialdemokraten gewählt.
Alle deutschen Handwerks- und Gewerbetagungen erklären die Anschaffung des deutschen Handwerks Dresden 1915 fördern zu wollen.
Der Kaiser wird voraussichtlich im nächsten Frühjahr an Bord der „Hohenzoellern“ nach Korea reisen.
Der Reichstag fuhr gestern in der ersten Sitzung des Spionagesekes fort.
Die konservative Fraktion des Reichstages wählte zum Vorsitzenden einstimmig den Grafen Westarp.
Der bayerische Ministerpräsident gab dem vollen Vertrauen der Bundesregierungen zur Politik des Reichsanzlers Ausdruck.
Belgien wird wegen seiner finanziellen Schwierigkeiten möglicherweise die Kolonialpolitik aufgeben müssen.
Ueber die Lage der Juden in Südafrika findet zwischen dem indischen und dem englischen Kolonialamt ein Meinungsaustrausch statt.

Sozialdemokratie und Schutzoll.

Die Partei der sozialen Revolution macht in heutigem Maße die Erfahrung, daß die Lage der Tatsachen stärker ist als die Kraft der radikalen Phrase und der doktrinarischen Prinzipienreiterei. In erster Linie gilt dies von der Grundlehre des Marxismus, der angeblich unter dem kapitalistischen System unaufhaltsam fortschreitenden „Verelendung der Massen“ die Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß das Gegenteil richtig ist. Im Laufe der Zeit sind nicht nur die Löhne erheblich in die Höhe gegangen, sondern es hat sich auch die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterschaft so wesentlich gehoben, daß der fleißige und intelligente Arbeiter heutzutage sowohl in materieller Hinsicht eine durchaus menschenwürdige Existenz führt, als auch seine geistigen Interessen, sein Bildungsbedürfnis in genügendem Umfange zu befriedigen vermag. Das ist so einleuchtend und es wird durch die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse so überzeugend bewiesen, daß der Satz von der „Verelendung der Massen“ als Kardinalpunkt des sozialrevolutionären Glaubensbekenntnisses nicht mehr hat aufrecht erhalten werden können, sondern stillschweigend preisgegeben werden mußte.
Reichte sich so an der Sozialdemokratie die Wichtigkeit des alten Satzes, daß die Wahrheit sich durchbohrt, zunächst an der Aufhebrückung der genannten Grundregel des sozialrevolutionären Systems, so folgten allmählich noch mancherlei weitere Erkenntnisblitze in denkenden sozialdemokratischen Köpfen. Männer wie Calwer, Schöppel u. a. liefern in ihren zum Teil ganz vernünftigen Anschauungen über Ursachen und Wirkungen im großen wirtschaftlichen Betriebe den Beweis, daß die Parteiführer allein doch nicht imstande ist, auf die Dauer jede bessere Einsicht bloß zur höheren Ehre des „revolutionären Prinzip“ zurückzuhalten. Neuerdings ist das Kapitel der sachgemäheren Betrachtung und Würdigung wirtschaftlicher Vorgänge und Einrichtungen durch sozialdemokratische Kritiker um einen interessanten Beitrag dadurch vermehrt worden, daß der agrarpolitische „Genosse“ Arthur Schulz dem sonst in seiner Partei üblichen blinden Verdammungsurteil gegenüber der Schutzollpolitik entgegentritt und zur Begründung eines Standpunktes allerlei Ansichten kundgibt, die der Parteiführer schon längst zu widerlaufen. „Genosse“ Schulz will nichts von der Behauptung der Freihändler wissen, daß nur die Großgrundbesitzer von den Schutzollen Vorteil hätten. Bekanntlich sind alle Freihändler, einest, ob bürgerlicher oder sozialdemokratischer Observanz, geradezu fanatische Anhänger des Satzes, daß die landwirtschaftlichen Rölle den „Großagrariern“ „Millionengewinne“ in den Schoß wärmen auf Kosten der Gesamtheit des verbrauchenden Publikums,

dem auf solche Weise eine immer zunehmende Verelendung der Lebenshaltung aufschafft werde. Jeder Versuch, eine derartige Auffassung mit sachlichen Gegenständen zu widerlegen, prallt an dem doktrinarischen Panzer einer vorgefaßten Meinung, womit jeder wahrhafte Freihändler ungerührt ist. Wirkungslos ab. Der „Genosse“ Schulz hat gleichwohl das Wagnis unternommen, dem alten eingewurzelten Freihändlerischen Irrtum mit dem Nützens der Statistik und mit Hilfe einer unvoreingenommenen Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Leibe zu gehen. Er erklärt in den „Sozialistischen Monatsheften“ die Behauptung, daß die Schutzolle nur dem Interesse der Großgrundbesitzer dienen und die eigentliche Ursache der Lebensmittelverelendung seien, für falsch und weist nach, daß die Steigerung der Preise der Lebensmittel eine allgemeine internationale Erscheinung ist, die sich in Industrie- und Agrarstaaten, unter Schutzollnerischem und Freihändlerischem Regime, gleichmäßig geltend macht. Die wirkliche Ursache des Steigens der Nahrungsmittelpreise findet der „Genosse“ Schulz in der gewaltigen Tatsache der Landflucht, die in Europa, in den Vereinigten Staaten und selbst schon in Australien die Lebensmittel verzehrende Bevölkerung der hohen Städte rascher wachsen läßt, als die Lebensmittel schaffende landwirtschaftliche Bevölkerung. Von diesem Standpunkte aus erhebt der genannte „Genosse“ folgerichtig seine warnende Stimme gegen einen raschen Abbau der landwirtschaftlichen Schutzolle, weil dadurch die Landflucht der Landarbeiter und des bäuerlichen Nachwuchses noch verstärkt und das Uebel verschlimmert werden würde. Als Mittel zur Abhilfe befürwortet der „Genosse“ Schulz die Förderung der inneren und äußeren Kolonisation, um die Selbstsicherheit der ländlichen Bevölkerung zu stärken.
Wenn man die Bedeutung der Schulzischen Darlegungen richtig bewerten will, darf freilich nicht übersehen werden, daß dabei ein partiellistisches Moment eine Rolle spielt. Der „Genosse“ Schulz ist nämlich ein eifriger Propagandist der sozialdemokratischen Landagitator und bei deren Betreibung zu der Ueberzeugung gekommen, daß auf dem platten Lande mit der Förderung der Aufhebung der Schutzolle schlechterdings kein Geschäft zu machen ist. Immerhin ist es auch so bemerkenswert genug, wenn ein sozialdemokratischer Parteigänger ein so sachlich zutreffendes Urteil über die wahren Ursachen der Lebensmittelverelendung fällt, einem überführigen Abbau der landwirtschaftlichen Schutzollen widerpricht und freimütig äußert, daß es nötig sei, nicht bloß die ländliche Bevölkerung von der Abwanderung in die Städte und vom Ueberganze zur Industrie mehr als bisher abzuhalten, sondern möglichst sogar der landwirtschaftlichen Betätigung auf eigener Scholle neue Kräfte aus der häftischen und gewerblichen Jugend zuzuföhren. Das ist jedenfalls alles andere eben als eine Befämpfung der heutigen Produktionsverhältnisse bis zum bitteren Ende, wie sie das Parteiprogramm verlangt. Daran allerdings, daß die sozialdemokratische Partei die Maßschläge des „Genossen“ Schulz befolgen und ein entsprechendes Agrarprogramm aufstellen könnte, ist nicht zu denken. Der offenerzige „Genosse“ kann sich freuen, wenn er persönlich unbehelligt bleibt und es ihm wegen seiner „Reverenzen“ nicht an den Krassen geht. Die Partei als solche aber wird um seiner tatsächlichen Mächtigkeiten sich je dazu herbeilassen, sich zu Grundfragen zu bekennen, die ihrem revolutionären und zerstörenden Charakter diametral entgegengelegt sind, weil sie geradezu auf eine Stärkung der heutigen Produktionsverhältnisse hinauslaufen. Der Bauernhand, der kleine und mittlere Grundbesitz, ist ein so festes und widerstandsfähiges Bollwerk der bestehenden Ordnung, daß die revolutionäre Sozialdemokratie niemals ernstlich auf seine Erhaltung bedacht, sondern lediglich von dem Betreiben absteht sein kann, es so gründlich wie möglich zu befeitigen. Offiziell wird daher auch die sozialdemokratische Partei, felleitung seit an den Freihändlerischen Schlagworten feilhalten und einer Politik des Schutzes der nationalen Arbeit, die mit ihrer heiligen Vermehrung der Arbeitsgelegenheit zugleich ein Vorbeugungsmittel gegen das Ueberhandnehmen der Arbeitslosigkeit bildet, sich feindlich gegenüberstellen. Zum Glück ist dafür gesorgt, daß die sozialdemokratisch-freihändlerischen Bäume im Reichstage bei der Beratung der neuen Handelsverträge nicht in den Himmel wachsen können; denn um eine Freihändlerische Mehrheit der Linken zustande zu bringen, müßte die gesamte nationalliberale Fraktion zu den Freihändlern abzuweichen, und das ist ausgeschlossen.

Drahtmeldungen

vom 26. November.
Deutscher Reichstag.
(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Begründung des Spionagesekes

führt Kriegsminister v. Falkenhahn aus: Es gilt, gegen Gegner kämpfen zu müssen, denen es gelungen ist, unsere Stellungen vorzeitig zu erörtern, und die Abwehr des Schlags langsam und rechtzeitig vorzubereiten. Der sich hiergegen nicht, soweit es in seiner Mächtigkeits liegt, sichert, begeht in meinen Augen einen schweren Fehler, und einen unüberwindlichen, da es sich um so ernste Dinge handelt, wie die Sicherheit des Vaterlandes.

Das nun, heißt den Erfolg von vornherein aufs äußerste gefährden. Sicherlich wird in dem großen Kriege auf Leben und Tod, wenn es einst dazu kommen sollte, nur der Hoffnung haben, die Oberhand zu gewinnen, der bei der Vorbereitung jede Chance zu seinen Gunsten auszunutzen hat. Gegen die Gefahren, denen uns in dieser Beziehung die Stände des Reiches von 1894 aussetzen, müssen wir uns schützen. Sie sind, wie ich aus eigener mehrjähriger Beobachtung aus bestimmte Verfahren kenne, so groß, daß ihre Herbeiföhung selbst durch Aufhebung der größten Vorkehrungen aus Ineffektivität über den Rahmen des jetzt bestehenden Gesetzes hinaus verhindert werden sollte. Wenn jeder, der sich einer Körperreaktion schuldig macht, im Geiste ein empfindlicher Strafe bedroht wird, so darf der, der unter denselben Voraussetzungen die Sicherheit des Reiches gefährdet, nicht ohne Strafe bleiben. Gleichzeitig beziehe ich jedoch, daß der Gesetzesentwurf jede Absicht, mit dem vorliegenden Gesetz ein Sonderrecht für die Armee, vor allem ein Sonderrecht gegenüber dem Recht der freien Meinungsäußerung anzuknüpfen, fernhält. Es handelt sich eben gar nicht um Sonderinteressen der Armee oder irgendeines anderen, sondern allein um die großen und allgemeinen gemeinsamen Interessen des Reiches. Diesen Interessen des Reiches wird sicher am besten und am so besser achtet, je mehr in der Zukunft die Organe der Gesetzesverwaltung und der öffentlichen Meinung vertrauensvoll zusammenarbeiten. Wenn das vorliegende Gesetz, was es in anderer Weise eine solche Verbindung fördern würde, und ich erlaube mich bereit, in der Kommissionsberatung einen Weg mit zu suchen und mich namens der Gesetzesverwaltung eifrig daran zu beteiligen — wenn dieses Gesetz eine solche Verbindung zwischen den Organen der Gesetzesverwaltung und der öffentlichen Meinung fördern würde, so würde ich das freudig begrüßen. So entschieden die Armee jeden Versuch abzuwehren muß, diese Vorzüge zum Schaden des Reiches oder zu Nebenwecken, sei es aus Parteisichtungen oder aus Zentralisierungsbedürfnis rücksichtslos öffentlich auszusprechen, so entschieden muß ich auch fordern, daß das Volk über sie so klar und eingehend unterrichtet wird und daß sie nicht einer freien Kritik entzogen werden, die ehrlich bessern will.

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz: Ich kann vom Standpunkte der Reichsmarineverwaltung nur bekräftigen, daß ein dringendes Bedürfnis zur Verbesserung dieser Gesetzgebung vorliegt. Wie im allgemeinen dem Reichstag schon bekannt sein wird, ist gerade auch die Marineverwaltung in den letzten Jahren einer ganz ausgiebigen Spionagetätigkeit ausgesetzt gewesen. Diese hat sich ganz besonders auf die Küstenbefestigung, auf unsere Konstruktions- und unsere Schiffbauanstalten ausgedehnt. Bei der Kommissionsberatung wird es sich in ermöglichten Fällen, an Einzelfällen die Situation näher zu beleuchten.

Abg. Stadthagen (Zsp.) führt aus: Hervorhebend bei dem Gesetz ist, daß die Presse unter militärische Beaufsichtigung gestellt wird, daß sie nur das schreiben soll, was die Gesetzesverwaltung will. Der Kampf gegen die Spionage kann nicht anders geführt werden als dadurch, daß man ihr den Nährboden entzieht und dieser Nährboden ist das herrschende militärische System. Dieses schmutzige, elende, verächtliche Gewerbe der Spionage ist mit dem herrschenden militärischen System untrennbar verknüpft. Es ist widerwärtig, wenn man hier ein Gesetz gegen die Spionage schaffen will und dann Mittel verknüpft, um beim Nachbar spionieren zu können. Wir Sozialdemokraten haben für solche unläuteren Zwecke nie etwas bewilligt. Das ganze Gesetz ist ein Widerspruch an sich. Man will Spionage ausrotten und düngt selbst den Boden der Spionage. Warum regt man nicht an, daß diese Spionage von allen Staaten abgelehnt wird? Der Militarismus haßt die Öffentlichkeit. Es handelt sich hier um ein Gesetz gegen die Presse. Es ist gemeingefährlich und sollte in der Kommission ein Begräbnis erster Klasse finden. — Abg. Gröber (Zentr.): Die Ausführungen der drei Bundesvertreter zeigen wirklich nur den allerbesten Willen, die Angelegenheit der Begründung, keiner hat uns das Geheimnis verraten, was denn eigentlich ein militärisches Geheimnis ist. Wie weit geht denn der Begriff der Spionage? In die Wälder dieses Gesetzes können sehr harmlose Leute fallen. Wir haben schwere Bedenken, das Gesetz auf Nachrichten überhaupt ausgedehnt, vor allem auch auf bloße Fahrlässigkeit. Selbst für den Krieg haben wir schon völlig ausreichende Strafbestimmungen. Wenn ein Reichstagsabgeordneter seinen Wählern Verleht erachtet und ganz unab-

Erst Pfunds Yoghurt!